

Er scheint wöchentlich 2 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Postanstalten und Buchhand-
lungen des In- und Aus-
landes an.
Für Leipzig nehmen Be-
stellungen an:
die Expedition, Hofstraße 4.
die Genossenschafts-
Buchdruckerei, Zeitungsstraße 44.
H. Bebel, Peterstraße 18.
G. Müller, Bayerstraße
8b, III.

Der Volksstaat

Für Preußen incl. Stemp-
steuer 17 Sgr., für die übrigen
Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend
pro Quartal 13 Sgr.
Einsalserpeditionen für die Ver-
einigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. A. Bunneder,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 104.

Sonnabend, 28. Dezember.

1872.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1873 beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Wir ersuchen die verehrlichen Leser, das Abonnement auf das Blatt sofort erneuern zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt.

Der Preis des Blattes ist wie bisher per Quartal 12 1/2 Mgr. — wozu in Preußen noch der Zuschlag für den Zeitungstempel kommt — bei wöchentlichem zweimaligem Erscheinen.

Kreuzbandsendungen für Deutschland und Oesterreich kosten für 1 Exemplar per Quartal 25 Mgr., für die Schweiz 1 Thlr., für Frankreich, Belgien, England u. 1 Thlr. 8 Mgr. Zahlung pränumerando.

Ein Rückblick.

Das Jahr neigt sich zu Ende. In jeder ordentlichen Wirtschaft ist es Sitte, am Schlusse des Jahres die Bilanz zu ziehen, Gewinn und Verlust zu vergleichen und zu erwägen, welche Maßregeln getroffen werden müssen, um Verluste möglichst zu vermeiden und bessere Resultate zu erzielen. Neugierig wollen auch wir handeln.

Für die Allgemeinheit ist das Jahr ruhig verlaufen. Erschütternde Ereignisse von tiefgreifender Bedeutung für die politische oder ökonomische Entwicklung unserer Zustände sind nicht eingetreten.

Das politische Leben ging im gewohnten Geleise. Hier und da zankte und stritt sich die Bourgeoisie — nur nicht im Ernste — mit der Staatsgewalt um mehr oder weniger großen Einfluß. „Gründer“ und Solche, die es werden wollen, benutzten ihre Macht auf den Ministerbühlen oder in den „Volksvertretungen“, um auf Kosten des arbeitenden Volkes neue Schätze anzuhäufen. Die Bourgeoisie hielt bei dem im Ganzen flotten Geschäft ihre gute Ernte, so sehr sie auch über die unmaßigen Lohnforderungen der Arbeiter schrie.

Für die Arbeiterklasse hat das verflossene Jahr keine materiellen Gewinne gebracht. Geling es auch einer Anzahl Branchen, in Folge günstiger Geschäftskonjunkturen, die Löhne in die Höhe zu schrauben, so standen diese immer noch nicht in einem annähernd ausgleichenden Verhältnis zu den ebenfalls gestiegenen Mieths- und Lebensmittelpreisen. Andere Branchen dahingegen, z. B. die Web- und Manufakturarbeiter, leiden unter vermehrter Konkurrenz doppelt hart; ja, sie fristen nur mühselig das Dasein.

Wie auf dem ökonomischen, so ist auch auf dem politischen Gebiet keine nennenswerthe Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse errungen, wol aber ist Vieles gegen sie gethan worden.

In Preußen ist unter dem Jubel der „Liberale“ eine Kreisordnung zu Stande gekommen — eine mit Liberalismus und Feudalismus verquante Mißgeburt —, nach welcher die grundbesitzende und industrielle Bourgeoisie sich in die Herrschaft theilen und die arbeitenden Klassen als steuerzahlende Masse behandelt werden.

In Hessen wurde ein neues Wahlgesetz geschaffen mit indirekter Wahl und Steuerzensus, bei dem im günstigsten Fall die Arbeiterklasse als Stimmweiche figurirt.

Sachsen, das ja nie zurückbleiben darf, wo es gilt, Etwas „für das Wohl des Volkes“ zu leisten, erhält ein Gemeindegesez, welches das knappe Wahlrecht der Arbeiterklasse noch mehr als bisher verkleinert und die von den Wogen des Sozialismus zerbrockelte Macht der Bourgeoisie künstlich zusammenleimt.

Und der Reichstag, jene „legende“ Schöpfung des Genialen? Er schuf ein Militärgesez mit draconischen Bestimmungen für den Sohn des „gemeinen“ Mannes, und ein Jesuitengesez als Vorläufer eines — Sozialistenverfolgungsgesezes.

Damit aber neben dem Großen auch das Kleine zur Geltung komme, haben unsere meist aus Bourgeois zusammengesetzten Gemeindevvertretungen neue Defizits und erhöhte Steuern registriert, für welche die Arbeiterklasse zunächst und zumeist aufzukommen hat.

Hand in Hand mit der Rücksichtslosigkeit gegen die Interessen der Arbeiterklasse ging die Bergewaltigungssucht der Regierungen — voran der Sächsischen.

Unsere Partei ist eine noch junge, aber sie hat die Ehre, die am meisten verfolgte zu sein. Einkerkelungen und Ausweisungen, unmäßige Geldstrafen, Auflösung unserer Organisationen, Verfolgung unserer Parteiorgane, Unterdrückung unserer Versammlungen, kurz jedes der herrschenden Gewalt zur Verfügung stehende Mittel wurde angewandt, uns zu vernichten.

Aber stolz und unthätig und siegesgewiß steht die Partei aufrecht und ist bereit, im neuen Jahre mit verstärkter Kraft den Kampf zu führen, die Massen sich zu erobern.

Eine Reihe neuer Orte mit neuen Kämpfen sind der Partei beigetreten; die Parteiorgane haben eine immer weitere Verbreitung erlangt; in einer erheblichen Anzahl von Gemeindevahlkämpfen hat die Partei glänzende Siege errungen; große Summen sind für die Unterstützung unserer politisch gemäßigten Parteigenossen zusammengebracht worden. Das sind Erfolge, auf welche die Partei stolz sein kann.

Aber die Lichtseite hat auch ihre Schattenseite; und unsere Pflicht gebietet, auch diese rückhaltlos zu besprechen.

Unsere Parteioorganisation hat nicht diejenigen Fortschritte gemacht, die sie machen konnte, die sie machen mußte, wenn sie ihre Aufgabe voll und ganz erfüllen sollte.

Unsere Partei steht auf der äußersten Linken. Mächtige Gegner bekämpfen sie. Die Nothwendigkeit gebietet die Anspannung aller Kräfte, um stark, um unüberwindlich zu sein. Stark aber können

wir nur sein in der festen Vereinigung, in der möglichsten Centralisation der Kräfte.

Die Partei hat ihren Ausschuß gewählt mit dem Auftrag, seine Hauptthätigkeit auf die Ausbreitung der Partei in neue Orte und Gegenden zu legen. Der Ausschuß kann seine Aufgabe nicht erfüllen ohne genügende Mittel, und diese zu beschaffen, ist von der Partei bisher entschieden vernachlässigt worden.

Der § 2 unserer Parteiorganisation lautet: „Jedes Mitglied der Partei hat einen monatlichen Beitrag von 1 Groschen (3 1/2 Kr. südd., 5 Kr. österr., 12 Cent.) für Parteizwecke zu entrichten.“

Der größte Theil der Parteigenossen hat diesen Beitrag nicht entrichtet. Orte, die ihren Lohnverhältnissen und ihrer Mitgliederzahl nach entschieden mehr leisten könnten, ließen sich von unsern Parteigenossen im schlesischen Riesengebirge, die unbedingt die Armeisten in der Partei sind, tief beschämen.

Das ist unverantwortlich, und es muß anders werden.

Anderer Orte, und ihre Zahl ist ebenfalls nicht gering, die ihre Pflicht zu erfüllen im Stande waren, hatten die Pflichtvergessenheit, sich Monate lang als Resistanten in den Steuerlisten aufzuführen zu lassen. Was soll man dazu sagen, daß Orte wie Barmen, Burgstadt, Döbeln, Elberfeld, Grimma, Langsig, Mülau, Siengen in W., Solingen, Saalfeld, Waldheim, Werdau, Zwickau und andere als Resistanten aufgeführt werden? Haben die Parteigenossen an den betreffenden Orten keinen Funken von Pflichtgefühl, daß sie ihre Pflicht so vernachlässigen? Es ist die größte Ungerechtigkeit, der Parteileitung Samseligkeit vorzumerfen, die höchsten Ansprüche für Agitation u. dgl. zu erheben und andererseits Alles zu unterlassen, wodurch die Parteileitung in den Stand gesetzt wird, ihre Pflicht zu erfüllen. In diesem Punkte — mit der regelmäßigen und ausreichenden Steuerzahlung an den Ausschuß — haben die meisten Orte schwer gesündigt.

Wir wiederholen: das darf nicht so bleiben, das muß anders werden. Noch ein anderer unverzeihlicher Fehler ist gemacht worden. Ein großer Theil der Orte hat es an Agitation in seiner Umgebung nicht fehlen lassen; neue Leser für die Parteiorgane — wenn auch oft nicht genügend — und neue Gesinnungsgenossen sind gewonnen, aber wenig neue Parteigenossen. Hierin unterscheiden wir scharf. Jeder, der unsere Gesinnungen theilt, die Parteiorgane liebt, bei Wahlen und seine Stimme gibt, ist uns angenehm, aber doppelt angenehm ist er uns, und seine volle Pflicht erfüllt er nur, wenn er sich auch der Parteiorganisation anschließt und seine Steuern bezahlt. Lassen wir es ruhig geschehen, daß Staat und Commune uns mit hohen Steuern belasten, ohne uns zu fragen, ob wir mit deren Verwendung einverstanden sind, so müssen wir auch freiwillig eine monatliche Steuer von einem Groschen für die Ausbreitung unserer Partei aufzubringen im Stande sein.

Der Ausspruch Montecuculi's lautet: Zum Kriegführen gehört erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld. Nun, unsere Partei führt auch Krieg, sie kann des Mittels hierzu so wenig entbehren wie der Kaiser von Deutschland oder Herr Thiers.

Thatsache aber ist, daß die Parteigenossen bisher für den Anschluß an die Organisation und die Pflichterfüllung gegen die Organisation viel zu wenig gethan haben.

Es ist z. B. kein ehrendes Zeugniß für Leipzig, daß der Ausschuß zweimal im „Volksstaat“ auffordern mußte, Vertrauensmänner für Reuschensfeld und Connewitz zu wählen, d. h. für Orte, die vor den Thoren der Stadt liegen.

Es ist ferner eine Schande, wenn in dem Verzeichniß der Parteiorde nicht viel über hundert Namen stehen, wo doch die Zahl mit Leichtigkeit mehr als verdoppelt werden könnte; wenn die Hauptorte nichts thun, um die Nachbarorte, in denen Parteigenossen in Menge wohnen, zum Anschluß an die Parteiorganisation zu veranlassen.

Wir wiederholen zum dritten Male: das darf nicht so bleiben, das muß anders werden.

Unsere Parteiblätter in Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Grimmitzschau, Nürnberg-Fürth veröffentlichen beständig Anzeigen von Volksversammlungen in ihrer Umgebung, und berichten über neue Ausbreitung der Partei, aber die Parteiorganisation ist leer ausgegangen und dem Ausschuß ist kein Pfifferling zugesandt worden. Wir haben stets gegen Andermeinende die Gründung von Lokalblättern als einen großen Fortschritt für die Partei verteidigt und sind auch heute noch dieser Meinung. Sie zeugen von der zunehmenden Kraft und Intelligenz der Partei und dringen auf einem bestimmten Umkreis in einer Breite und Tiefe in die Massen, wie es ein allgemeines Organ nicht vermag. Aber wir müssen auch offen ansprechen, daß die Lokalblätter ihre Pflicht: für die Parteiorganisation zu wirken, nicht erfüllt haben. Auch hier ist Verbesserung dringend nöthig.

Unsere Parteigenossen sollen nicht in selbstgefälliger Beschaulichkeit sich der Freude über die Erfolge hingeben, die sie errungen, sie müssen der Partei immer neue Gebiete zu erschließen suchen. Von dem Maß unserer Anstrengungen hängt der Erfolg ab.

Der Parteileitung müssen tüchtige agitatorische Kräfte zur Verfügung gestellt werden, wenn unsere Prinzipien in immer weitere Kreise getragen werden sollen. Die Männer aber, die eine gesicherte Existenz preisgeben, ihre Kraft, ihre Person, ihre Freiheit für die Partei einsetzen — die vollen Gefängnisse legen Zeugniß dafür ab — müssen wir auch ausreichend unterstützen, das ist unsere Pflicht und Schuldigkeit.

Wir dürfen also den Ausschuß nicht ohne Mittel lassen, oder ihm nur das zufinden wollen, was uns zufällig übrig bleibt. Wir müssen uns vielmehr zur strengsten Pflicht machen, regelmäßig unsere Steuern an ihn abzuliefern und alle Gesinnungsgenossen zum Anschluß an die Parteiorganisation veranlassen.

In diesem Sinne sollen auch alle Parteiorgane wirken. Sie

können hier unendlich viel thun und sie müssen es thun, wollen sie ihrer Aufgabe in der Partei gerecht werden.

Handeln die Parteiorgane und unsere Parteigenossen entschlossen in diesem Sinne, — und wir erwarten dies bestimmt — setzt Jeder seine ganze Kraft ein, dann werden wir unserm Rückblick im nächsten Jahre kein „Aber“ anzuhängen brauchen. Die dann bevorstehenden Reichstagswahlen werden unsere Partei wohlgerüstet und wohl vorbereitet nach jeder Seite hin finden.

Agitation und Organisation sei unsere Lösung. Im Kampfe nur lebt die Partei, durch den Kampf nur kann sie siegen. Meckelt Euch das, Parteigenossen, und handelt danach. Das ist unser Wunsch zum „Neuen Jahr“.

Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst.

Von Friedrich Engels.

(Schluß des Art. I.)

Unser Verfasser geht nun an die praktische Lösung der Frage: Wie wenig revolutionär der Vorschlag Proudhon's war, die Arbeiter zu Eigenthümern ihrer Wohnungen zu machen, geht schon daraus hervor, daß der bürgerliche Sozialismus diesen Vorschlag schon vor ihm praktisch auszuführen versucht hatte und noch versucht. Auch Herr Say erklärt, daß die Wohnungsfrage vollständig nur durch Uebertragung des Eigenthums der Wohnung an die Arbeiter zu lösen sei (Seite 58 und 59). Mehr noch, er verfallt in dichterische Verzückung bei diesem Gedanken, und bricht in folgenden Begeisterungsschwung aus:

„Es ist etwas Eigenthümliches um die im Menschen liegende Sehnsucht nach Grundbesitz, einen Trieb, den selbst das fieberhafte pulsirende Gitterleben der Gegenwart nicht abzuschwächen vermochte. Es ist dies das unbewusste Gefühl von der Bedeutung der wirtschaftlichen Ertragskraft, die der Grundbesitz darstellt. Mit ihm bekommt der Mensch einen sicheren Halt, er wurzelt gleichsam fest in den Boden und jede Wirtschaft (1) hat in demselben die dauerhafteste Basis. Doch weit über diese materiellen Vortheile reicht die Segenkraft des Grundbesitzes hinaus. Wer so glücklich ist, einen solchen sein zu nennen, hat die denkbar höchste Stufe wirtschaftlicher Unabhängigkeit erreicht; er hat ein Gebiet, worauf er souverän schalten und walten kann, er ist sein eigener Herr, er hat eine gewisse Macht und einen sichern Rückhalt für die Zeit der Noth; es wächst sein Selbstbewußtsein und mit diesem seine moralische Kraft. Daher die tiefe Bedeutung des Eigenthums in der vorliegenden Frage... Der Arbeiter, hilflos heute den Wechseljahren der Konjunktur ausgesetzt, in steter Abhängigkeit von dem Arbeitgeber, würde dadurch bis zu einem gewissen Grad dieser prekären Lage entrückt, er würde Kapitalist und gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit durch den Realkredit, der ihm in Folge dessen offen stände, gesichert. Er würde dadurch aus der beklagenswerthen in die Klasse der Besitzenden emporgehoben.“ (Seite 63.)

Herr Say scheint voranzusetzen, daß der Mensch wesentlich Dauer ist, sonst würde er nicht den Arbeitern unserer großen Städte eine Sehnsucht nach Grundbesitz andichten, die sonst Niemand bei ihnen entdeckt hat. Für unsre großstädtischen Arbeiter ist Freiheit der Bewegung erste Lebensbedingung, und Grundbesitz kann ihnen nur eine Fessel sein. Verschafft ihnen eigne Häuser, leitet sie wieder an die Scholle, und Ihr brecht ihre Widerstandskraft gegen die Lohnherabdrückung der Fabrikanten. Der einzelne Arbeiter mag sein Häuschen gelegentlich verkaufen können, bei einem ernstlichen Strike aber würden sämtliche den betreffenden Arbeitern gehörenden Häuser zum Verkauf auf den Markt kommen müssen, also gar keine Käufer finden oder weit unter Kostpreis losgeschlagen werden. Und wenn sie alle Käufer finden, so wäre ja die ganze große Wohnungsreform des Herrn Say wieder in Nichts aufgelöst und er könnte wieder von vorn anfangen. Indes, Dichter leben in einer Welt der Einbildung, und so auch Herr Say, der sich einbildet, der Grundbesitzer habe die höchste Stufe wirtschaftlicher Unabhängigkeit erreicht, er habe „einen sichern Rückhalt“, er würde Kapitalist und gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit durch den Realkredit, der ihm in Folge dessen offen stände, gesichert“ u. s. w. Herr Say setzt sich doch die französischen und unsre rheinischen kleinen Bauern an; ihre Häuser und Felder sind mit Hypotheken über und über beschwert, ihre Ernte gehört ihren Gläubigern ehe sie geschnitten ist, und auf ihrem „Gebiet“ schalten und walten nicht sie souverän, sondern der Wucherer, der Advokat und der Gerichtsvollzieher. Das ist allerdings die denkbar höchste Stufe der wirtschaftlichen Unabhängigkeit — für den Wucherer! Und damit die Arbeiter so rasch wie möglich ihr Häuschen unter dieselbe Souveränität des Wucherers bringen, weist sie der wohlwollende Herr Say vorsorglich auf den ihnen offen stehenden Realkredit hin, den sie in Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit benutzen können, statt der Armenpflege zur Last zu fallen.

Jedenfalls hat nun Herr Say die Anfangs gestellte Frage gelöst: der Arbeiter „wird Kapitalist“ durch Erwerb eines eignen Häuschens.

Kapital ist Kommando über die unbezahlte Arbeit Anderer. Das Häuschen des Arbeiters wird also nur Kapital, sobald er es einem Dritten vermietet, und in der Gestalt der Miethse sich einen Theil des Arbeitsprodukts dieses Dritten aneignet. Dadurch, daß er es selbst bewohnt, wird das Haus gerade daran verhindert, Kapital zu werden, ebenso wie der Rod in demselben Augenblicke aufhört Kapital zu sein, wo ich ihn vom Schneider kaufe und zum Anziehe. Der Arbeiter, der ein Häuschen im Werth von tausend Thalern besitzt, ist allerdings kein Proletarier mehr, aber man muß Herr Say sein, um ihn einen Kapitalisten zu nennen.

Das Kapitalistenthum unfres Arbeiters hat aber noch eine andre Seite. Nehmen wir an, in einer gegebenen Industriegegend sei es die Regel geworden, daß jeder Arbeiter sein eigenes Häuschen besitzt. In diesem Fall wohnt die Arbeiterklasse jener Gegend frei; Unkosten für Wohnung gehen nicht mehr ein in den Werth ihrer Arbeitskraft. Jede Verringerung der Erzeugungskosten der Arbeiterkraft, d. h. jede dauernde Preiserniedrigung der Lebensbedürfnisse des Arbeiters kommt aber „auf Grund der ehenen Gesetz der Volkswirtschaftslehre“ einer Herabdrückung des Werths der Arbeitskraft gleich, und hat daher schließlich einen entsprechenden Fall im Arbeitslohn zur Folge. Der Arbeitslohn würde also durchschnittlich um den erwarteten Durchschnitts-Miethbetrag fallen, d. h. der Arbeiter würde die Miete für sein eigenes Haus zahlen, aber nicht, wie früher, in Geld an den Hausbesitzer, sondern in unzähliger Arbeit an den Fabrikanten für den er arbeitet. Auf diese Weise würden die im Häuschen angelegten Ersparnisse des Arbeiters allerdings gewissermaßen zu Kapital, aber Kapital nicht für ihn, sondern für den ihn beschäftigenden Kapitalisten.

Herr Sar bringt es also nicht einmal auf dem Papier fertig, seinen Arbeiter in einen Kapitalisten zu verwandeln. Beiläufig bemerkt, gilt das oben Gesagte von allen sogenannten sozialen Reformen, die auf Sparen oder auf Verwohlfaltung der Lebensmittel des Arbeiters hinauslaufen. Entweder werden sie allgemein, und dann folgt ihnen eine entsprechende Lohnherabsetzung, oder aber sie bleiben bei ganz vereinzelten Experimenten, und dann beweist ihr bloßes Dasein als einzelne Ausnahmen, daß ihre Durchführung im Großen mit der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise unvereinbar ist. Nehmen wir an, in einer Gegend gelinge es, durch allgemeine Einführung von Konsumvereinen die Lebensmittel der Arbeiter um 20 Prozent wohlfeiler zu machen; so müßte der Arbeitslohn auf die Dauer dort um annähernd 20 Prozent fallen, d. h. in demselben Verhältnis, in dem die betreffenden Lebensmittel in den Lebensunterhalt der Arbeiter eingehen. Verwendet der Arbeiter z. B. durchschnittlich drei Viertel seines Wochenlohns auf diese Lebensmittel, so fällt der Arbeitslohn schließlich um $\frac{3}{4} \cdot 20 = 15$ Prozent. Kurzum: sobald eine derartige Sparreform allgemein geworden, erhält der Arbeiter in demselben Verhältnis weniger Lohn, als ihm seine Ersparnisse erlauben, wohlfeiler zu leben. Geht jedem Arbeiter ein erspartes, unabhängiges Einkommen von 52 Thaler, und sein Wochenlohn muß schließlich um einen Thaler fallen. Also: je mehr er spart, desto weniger Lohn erhält er. Er spart also nicht in seinem eignen Interesse, sondern in dem des Kapitalisten. Was bedarf es mehr, in ihm „die erste wirtschaftliche Tugend, den Sparsinn... auf das Mächtigste anzulegen?“ (Seite 64.)

Uebrigens sagt uns Herr Sar auch gleich darauf, daß die Arbeiter Hausbesitzer werden sollen nicht sowohl in ihrem eignen Interesse, als in dem der Kapitalisten: „Doch nicht der Arbeiterstand, auch die Gesellschaft im Ganzen hat das höchste Interesse daran, möglichst viele ihrer Glieder mit dem Boden verknüpft (!) zu sehen (ich möchte Herrn Sar wol einmal in dieser Positur sehen)... der Grundbesitz... vermindert die Zahl Derjenigen, die gegen die Herrschaft der bestehenden Klasse anflammen... Alle die geheimen Kräfte, die den Vulkan, die soziale Frage genannt, der unter unsern Füßen glüht, entflammen, die proletarische Verbitterung, der Haß... die gefährlichen Begriffsverirrungen... sie müssen zerstanden wie die Nebel vor der Morgenröthe, wenn... die Arbeiter selbst auf jenem Wege in die Klasse der Besitzenden übergehen.“ (S. 65.) In anderen Worten: Herr Sar hofft, daß die Arbeiter durch eine Verschiebung ihrer proletarischen Stellung, wie sie der Handwerb herbeiführen müßte, auch ihren proletarischen Charakter verlieren und wieder gehorsame Dudmäuser werden gleich ihren ebenfalls hausbesitzenden Vorfahren. Die Proudhonisten mögen sich das zu Gemüthe führen.

Hiermit glaubt Herr Sar die soziale Frage gelöst zu haben: „Die gerechtere Vertheilung der Güter, das Spargrundsatz, an dessen Lösung sich schon Viele vergeblich versuchten, liegt sie nicht so als greifbares Faktum vor uns, ist sie nicht damit den Regionen der Ideale entzückt und in den Bereich der Wirklichkeit getreten? Und wenn realisiert, ist damit nicht eins der höchsten Ziele erreicht, das selbst die Sozialisten der extremsten Richtung als den Gipfelpunkt ihrer Theorien hinstellen?“ (S. 66.)

Es ist ein wahres Glück, daß wir uns bis hierher durchgearbeitet haben. Dieser Jubelruf bildet nämlich den Gipfelpunkt des Sar'schen Buchs, und von jetzt an geht es wieder sachte bergunter, aus „den Regionen der Ideale“ auf die platte Wirklichkeit, und wenn wir unten ankommen, werden wir finden, daß sich Nichts, aber auch gar Nichts in unserer Abwesenheit geändert hat.

Den ersten Schritt bergab läßt uns unser Führer thun, indem er uns belehrt, daß es zwei Systeme von Arbeiterwohnungen gibt: das Cottage-system, wo jede Arbeiterfamilie ihr eigenes Häuschen und womöglich Gärten hat, wie in England, und das Kasernen-system der großen, viele Arbeiterwohnungen enthaltenden Gebäude, wie in Paris, Wien u. s. w. Zwischen Beiden siehe das in Norddeutschland übliche System. Nun sei zwar das Cottage-system das einzig richtige, und das einzige, wobei der Arbeiter das Eigentum an seinem Hause erwerben könne, auch habe das Kasernen-system sehr große Nachteile für Gesundheit, Moralität und häuslichen Frieden — aber leider, leider sei das Cottage-system gerade in den Mittelpunkten der Wohnungsnoth, in den großen Städten, wegen der Bodentheuerung unansführbar und man könne noch froh sein, wenn man dort, statt großer Kasernen, Häuser zu 4 bis 6 Wohnungen errichtet oder den Hauptmängeln des Kasernen-systems durch allerhand häusliche Kunstleien abhelfe. (S. 71—92.)

Nicht wahr, wir sind schon ein gutes Stück heruntergekommen? Die Verwandlung der Arbeiter in Kapitalisten, die Lösung der sozialen Frage, das jedem Arbeiter eigenthümlich gehörende Haus — das Alles ist oben in „den Regionen der Ideale“ geblieben; wir haben uns nur noch damit zu beschäftigen, das Cottage-system auf dem Lande einzuführen und in den Städten die Arbeiterkasernen so erträglich wie möglich einzurichten.

Die bürgerliche Lösung der Wohnungsfrage ist also eingeständenermaßen gescheitert — gescheitert an dem Gegensatz von Stadt und Land. Und hier sind wir an dem Kernpunkt der Frage angelangt. Die Wohnungsfrage ist erst dann zu lösen, wenn die Gesellschaft weit genug umgewälzt ist, um die Aufhebung des von der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft auf die „Spitze getriebenen Gegensatzes von Stadt und Land in Angriff zu nehmen. Die kapitalistische Gesellschaft, weit entfernt, diesen Gegensatz aufheben zu können, muß ihn im Gegentheil täglich mehr verschärfen. Dagegen haben schon die ersten modernen utopistischen Sozialisten, Owen und Fourier, dies richtig erkannt. In ihren Mustergebäuden existirt der Gegensatz von Stadt und Land nicht mehr. Es hebt also das Gegentheil statt von dem was Herr Sar behauptet: nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d. h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird

zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht. Die Wohnungsfrage lösen wollen und die modernen großen Städte forterhalten wollen, ist ein Widerspruch. Die modernen großen Städte werden aber beseitigt erst durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, und wenn diese erst in Gang gebracht, wird es sich um ganz andere Dinge handeln, als jedem Arbeiter ein ihm zu eigen gehörendes Häuschen zu verschaffen.

Zunächst wird aber jede soziale Revolution die Dinge nehmen müssen wie sie sie findet, und den schreiendsten Uebelständen mit den vorhandenen Mitteln abhelfen müssen. Und da haben wir schon gesehen, daß der Wohnungsnoth sofort abgeholfen werden kann durch Expropriation eines Theils der den besitzenden Klassen gehörenden Luxuswohnungen und durch Bequartierung des übrigen Theils.

Wenn nun Herr Sar im Verfolg wieder aus den großen Städten heraustritt, und ein Langes und Breites redet über Arbeiterkolonien, die neben den Städten angelegt werden sollen, wenn er alle die Schönheiten solcher Kolonien schildert, mit ihrer gemeinsamen Wasserleitung, Gasbeleuchtung, Luft- oder Warmwasserheizung, Waschläden, Trockenstuben, Badelkammern u. dgl., mit „Kleinkinderbewahranstalt, Schule, Vetsaal, (!) Lesezimmer, Bibliothek... Wein- und Bierstube, Tanz- und Musiksaal in allen Ehren“, mit Dampfkraft, die in alle Häuser geleitet werden und so „die Produktion in gewissem Umfange aus den Fabriken in die häusliche Werkstatt“ zurückverlegen kann — so ändert das an der Sache nichts. Die Kolonie, wie er sie schildert, ist von Herrn Huber den Sozialisten Owen und Fourier direkt abgeborgt und bloß durch Abstreifung alles Sozialistischen total verbürgert. Dadurch aber wird sie erst recht utopistisch. Kein Kapitalist hat ein Interesse daran, solche Kolonien anzulegen, wie denn auch nirgendwo in der Welt eine solche besteht, außer in Guise in Frankreich; und diese ist gebaut von einem — Fourrieristen, nicht als rentable Spekulation, sondern als sozialistisches Experiment. Ebenso gut hätte Herr Sar die im Anfang der vierziger Jahre von Owen in Hampshyre gegründete und längst untergegangene kommunistische Kolonie „Harmony Hall“ zu Gunsten seiner bürgerlichen Projektionsmacherei anführen können.

Indes ist all' dies Gerede von Kolonisation nur ein lahmer Versuch, wieder in die „Regionen der Ideale“ emporzuspringen, der auch sofort wieder fallen gelassen wird. Wir gehen nun wieder flott bergab. Die einfachste Lösung ist nun die, „daß die Arbeitgeber, die Fabrikanten, den Arbeitern zu entsprechenden Wohnungen verhelfen, sei es, daß sie diese selbst herstellen, sei es, daß sie die Arbeiter zu eigener Bauhätigkeit aufmuntern und unterstützen, indem sie ihnen Grund und Boden zur Verfügung stellen, das Baukapital vorschießen u. s. w.“ (S. 106.) — Hiermit sind wir wieder aus den großen Städten heraus, wo von alle dem keine Rede sein kann, und aufs Land zurückversetzt. Herr Sar beweist nun, daß es hier im Interesse der Fabrikanten selbst liegt, ihren Arbeitern zu erträglichen Wohnungen zu verhelfen, einerseits als gute Kapitalanlage, andererseits weil die daraus unsehbar „resultirende Hebung der Arbeiter... eine Steigerung ihrer körperlichen und geistigen Arbeitskraft nach sich ziehen muß, was natürlich... nicht minder... dem Arbeitgeber zu Gute kommt. Damit ist aber auch der rechte Gesichtspunkt für die Verheiligung der letzteren an der Wohnungsfrage gegeben: sie erscheint als Ausfluß der latenten Affoziation, der meist unter dem Gewande humanitärer Bestrebungen verborgenen Sorge der Arbeitgeber für das leibliche und wirtschaftliche, geistige und sittliche Wohl ihrer Arbeiter, welche sich durch ihre Erfolge, Peranziehung und Sicherung einer tüchtigen, geschickten, willigen, zufriedenen und ergebener Arbeiter-schaft von von selbst pekuniär entlohnt.“ (S. 108.)

Die Phrase der „latenten Affoziation“, womit Huber dem bürgerlich-philanthropischen Gesafel einen „höheren Sinn“ unterzuschleiben versucht, ändert an der Sache Nichts. Auch ohne diese Phrase haben die großen ländlichen Fabrikanten, namentlich in England, längst eingesehen, daß die Anlage von Arbeiterwohnungen nicht nur eine Nothwendigkeit, ein Stück der Fabrikanlage selbst ist, sondern sich auch sehr gut rentirt. In England sind auf diese Weise ganze Dörfer entstanden, von denen manche sich später zu Städten entwickelt haben. Die Arbeiter aber, statt den menschenfreundlichen Kapitalisten dankbar zu sein, haben von jeher sehr bedeutende Einwendungen gegen dies „Cottage-system“ gemacht. Nicht nur daß sie Monopolpreise für die Häuser zahlen müssen, weil der Fabrikant keine Konkurrenten hat; sie sind bei jedem Strike sofort obdachlos, da der Fabrikant sie ohne Weiteres an die Luft setzt und dadurch jeden Widerstand sehr erschwert. Das Nähere kann man in meiner „Lage der arbeitenden Klassen in England“ S. 224 und 228 nachlesen. Aber Herr Sar meint, dergleichen „verdiene doch kaum eine Widerlegung“. (S. 111.) Und will er nicht dem Arbeiter das Eigentum an seinem Häuschen verschaffen? Allerdings, aber da „die Arbeitgeber in der Lage sein müßten, über die Wohnung stets zu verfügen, um, wenn sie einen Arbeiter entlassen, für den Ersatzmann Raum zu haben“, so — nun ja, so müßte „durch Verabredung der Wider-ruflichkeit des Eigentums für jene Fälle vorgeesehen werden!“ (S. 113.)*

Diesmal sind wir unerwartet rasch heruntergekommen. Erst hieß es: Eigentum des Arbeiters an seinem Häuschen; dann erfuhr wir, daß dies in den Städten unmöglich und nur auf dem Lande durchführbar; jetzt wird uns erklärt, daß dies Eigentum auch auf dem Lande nur ein „durch Verabredung“ widerrufliches sein soll! Mit dieser von Herrn Sar neu entdeckten Sorte Eigentum für die Arbeiter, mit dieser ihrer Verwandlung in „durch Verabredung widerrufliche“ Kapitalisten, sind wir glücklich wieder auf ebener Erde angekommen, und haben hier zu untersuchen, was die Kapitalisten und sonstigen Philanthropen zur Lösung der Wohnungsfrage wirklich gethan haben.

Politische Uebersicht.

Man erinnert sich theilweise vielleicht noch, daß, als die Landarbeiterfrage im Leipziger Hochverrathspröf zur Sprache kam, Herr von Müde, präsidentlichen Angedenkens, zu einer jener ungeschicklichen Aeußerungen sich veranlaßt sah, zu denen er als Schwur-

* Auch hierin haben die englischen Kapitalisten längst alle Herenswünsche des Herrn Sar nicht nur erfüllt, sondern weit übertroffen. Montag, den 14. Oktober dieses Jahres, hatte in Morpeth der Gerichtshof zur Feststellung der Parliaments-Wählerlisten über den Antrag von 2000 Bergarbeitern auf Eintragung ihrer Namen in die Liste zu entscheiden. Es stellte sich heraus, daß der größte Theil dieser Leute nach dem Reglement der Grube, wo sie arbeiteten, nicht als Mieter der von ihnen bewohnten Häuschen, sondern nur als darin geduldet anzusehen seien, die ohne jede Kündigung jeder Zeit an die Luft gesetzt werden konnten. (Grubenbesitzer und Haus-eigentümer waren natürlich eine und dieselbe Person.) Der Richter entschied, daß diese Leute keine Mieter, sondern Knechte seien und als solche zur Eintragung nicht berechtigt. (Daily News 15. Okt. 1872.)

gerichtspräsident nicht das mindeste Recht hatte, nämlich zu der unsere Bauern stülten sich ganz wohl in ihrem Besitzthum und hätten gar keine Lust zum Kommunismus. — Es wurde ihm auf der Stelle erwidert, daß die Bauern, die noch etwas besitzen, von der Sozialdemokratie vorläufig nicht ins Auge gefaßt seien, sondern die nichtbesitzenden. Herr von Müde blieb nichtödestoweniger dabei, daß sich unser Bauern „wohl“ fühlen. Da finden wir nun in einem Blatt, welches sätzlich des „Kommunismus“ nicht gut beschuldigt werden kann, anlässlich der preussischen Kreisordnungscomodie folgende Auseinandersetzung:

„Man weiß, daß die Besitzverhältnisse in den ländlichen Bezirken der preussischen Provinzen der gesunden Grundlagen entbehren. Der überwiegend größere Theil des Grund und Bodens ist in geschlossenen Gütern vereinigt und hiervon gehört wieder der größere Theil zu Rittergütern-complexen. Auch die Bauerngüter haben meist einen verhältnismäßig großen Umfang, und deren sind in jedem Dorfe nur wenige. Daraus ergibt sich, daß der überwiegende Theil der Bevölkerung besitzlos oder nahezu besitzlos ist, und dies Verhältnis auch nicht zu ändern vermag.“

Selbstverständlich nun, wenn der Kreis oder die Gemeinde Lasten, die nicht auf persönliche Ableistung hinauslaufen, aus-schreibt, so ist es der Bauer, der sie zunächst zu tragen hat; und er empfindet sie mit heftigem Widerwillen, auch wenn ihm aus Dem, das vermöge seines Beitrags geschaffen werden soll, selbst Nutzen erwächst. Man muß bedenken, daß kein Mensch vermag über seinen Horizont hinauszublicken. Kaum in irgend einem Lebenskreise erreicht man in Schätzung des Besitzes den Bauer, denn dieser fühlt, daß er ohne den Besitz Nichts sein würde. Daher steht er auch in jedem Beitrag, den er einem Gemeinamen leisten soll, eine Beeinträchtigung seines Besitzes, selbst wenn jener Beitrag eine Wohlthat für ihn selbst begründen soll, und er empfindet diese Beeinträchtigung um so härter, als er bemerkt, daß nur wenige es sind, die mit ihm die Last tragen. Denn es ist das Charakteristische, daß zwar die Rittergüter und Rittergüterbesitzer in den ländlichen Bezirken Preussens jedes Vorrecht haben und die eigentlichen Nutznießer in den Kreisen sind, daß sie aber die Lasten nur in geringstem Grade tragen und außerdem unangeseht bestrebt sind, jenes zu steigern, dies zu vermindern. Bemerkenswerthe Beispiele, wie dies Streben herrschend auftritt, haben wir vor Kurzem erst an der Durchführung des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz erfahren. In Hannover z. B. wählte die Ritterschaft die Beitragspflicht zu den Armenverbänden fast ausschließlich den Bauern zu. Aehnliches tritt auf, wenn es sich um Anlagen allgemeinen Nutzens, z. B. Straßenbau handelt. Auch hier herrscht die Tendenz, die Lasten von dem ritterschaftlichen Besitz abzuwälzen, wozu man andererseits nicht minder bemüht ist, den Nutzen der Anlage jenen zuzuwenden. Daß dies vermöge der gegenwärtigen Kreisverfassung sehr leicht thunlich ist, weiß Jedermann.“

Und wie heißt das Blatt, in dem solcher „Hochverrath“ steht? „Der Arbeitgeber“, Centralblatt für Stellen- und Arbeiter-gesuche“, (München bei Frankfurt a. M.)

In besagtem Blatt wird beiläufig auch — wemgleich unter verschiedenen Vor- und Nachsätzen — das große Wort ausgesprochen: „Um sich Bildung zu erwerben braucht man Kapital.“ — Was gewisse Leute ihrem harten Schädel einzublauen sehr nöthig haben dürften! —

Was sich die Herren Bourgeois immer entsetzen, wenn die Sozialisten von „Expropriation“ des Grundeigentums sprechen! Als ob im heutigen Staate dieses Kunststück nicht auch schon gefamnt wäre! Und zwar Expropriation nicht bloß im Interesse des Staats — wie die Sozialisten wollen — sondern sogar im Interesse von Eisenbahnbaharonen und sonstigen konfessionirten „Gründern und Schindlern“, wie ein treffender Volkswitz die Klasse nennt, für welche Herr Lasfer jüngst des Reichsjustizministers Zucht, ja sogar Zucht-hausruthe (freilich vergebens) zu begehren sich erlaubte. So berichtet z. B. von einer der bereits heute gang und gäben „Expropriationen“ die „Elberfelder Zeitung“ aus Berlin:

„Unsere Terrain-Spekulanten, welche an die unerschöpfliche Gutmüthigkeit der Berliner im Bezahlen des Baugrundes geglaubt haben, mußten neuerdings eine arge Enttäufung erfahren. Der Anhalt'schen Eisenbahn wurden für das Terrain, welches sie zu dem interimistischen Personen-Bahnhof und dem Güterbahnhof jenseit des Kanals gebraucht, 180 Thaler pro Quadrat-Ruthe abgefordert; sie fand den Preis zu hoch und da der Verkäufer von seiner Forderung nichts ablassen wollte, leitete sie das Expropriationsverfahren ein und erwarb das Terrain zu dem Preise von 38 Thalern pro Quadrat-Ruthe. Vielleicht gehen in Folge dessen unsere Spekulanten mit ihren Forderungen für Terrains, welche eine halbe Stunde und mehr von der Stadt entfernt liegen, auch etwas im Preise herunter.“

Wir sagen: „Vielleicht geht in Folge dessen unsere „Privat-eisenbahnen“ mit ihren Forderungen für „Billete“ auch etwas im Preise herunter“ — weil sonst an ihnen das Expropriations-experiment versucht werden könnte, durch das man jenen 180-Thaler-quadratruthenprellern ein Wenig mores gelehrt hat. —

Wiener Zustände: Das „Parlament der Hausherren“ — schreibt der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ über den Wiener Gemeinderath — wird zwar nicht das Bestmögliche zur Beseitigung der Wohnungsnoth thun, aber um Attentate der Ver-zweiflung zu verhindern, soll zur Aufnahme verarmter Bürger ein neues „Versorgungshaus“ errichtet werden, da die bereits bestehenden überfüllt sind. Wenn die Steigerung der Miethzinse und die Vertheuerung der Lebensmittel in derselben Progression zunimmt, wie bisher, so wird die Gemeinde Wien bald große Armenkolonien anlegen müssen. Die höheren Klassen bleiben gleichgültig bei der Noth der großen Masse. Der Kaiser Franz Joseph, der von 1867 bis 1872 seine aus den Steuern des arbeitenden Volkes bezogene Zivilliste („für den allerhöchsten Hofstaat“ ist der Titel des bezüglichen Budgetpostens) von 5 auf 9,3 Millionen fl. erhöhen ließ, hat zwar neulich „gerührt“, 2000 fl. für die Armen Wiens zu spenden, aber man findet, daß diese Summe wenig bedeutet gegenüber den 150,000 fl., welche die in den letzten Wochen bei Gödöllö veranstalteten l. l. Fuchsjagden gekostet haben.“

Das Verhältnis ist so: die Fuchsjagd ist den 62sten Theil des Einkommens werth und die Armen Wiens den 4650sten Theil; mit andern Worten: die Fuchsjagd ist 75 mal so wichtig, wie die vielen tausend Armen Wiens zusammen; und nehmen wir beispielsweise an, daß die Zahl der erlegten Füchse sich zu der der Wiener Armen verhält, wie 1 zu 100, so wissen wir, daß 1 Fuchs so viel werth ist wie 7500 Wiener Arme. —

Aus Völsch-Biala erhält der „Volkswille“ folgende Mittheilung: „Die beiden Parteigenossen S. Szedlig und V. Pechina wurden Sonntag, den 24. November, aus ihrer 29wöchentlichen Untersuchungshaft plötzlich und ohne Urtheil entlassen. Bemerkenswerth ist der Umstand, daß die schlesischen Gerichte gleich nach Verlaufe von sechs Wochen erklärten: „Die dem Völsch-Bialaer Ar-

beiterverein angehörenden Angeklagten tragen keine Schuld an den ausgebrochenen Arbeiterunruhen, während die galizischen Gerichte zu dieser Riesenarbeit volle 29 Wochen brauchten!"

Hierzu bemerkt der „Bollwille“:
„Man wird sich erinnern können, daß ein großer Theil der Presse die Sozialdemokraten als Anstifter dieser sogenannten Arbeiterunruhen denunzierte. Und nun sind die Behörden zum Gesandnisse genöthigt, der Arbeiterverein, die Sozialdemokraten haben in der Sache gar nichts zu thun!“

Der Londoner Polizeidienerstrike gab der Brüsseler „Liberté“ am 15. d. Mts. Gelegenheit, in einem sehr gut geschriebenen Schwadmatikastück würden sagen „bissigen“ Artikel zu zeigen, wie die ganzen heutigen Eigenthümer einer Hand voll von schlechtesten Subalternbeamten auf Gnade oder Ungnade ergeben sind; und wie diese paar Beamtenproletarier — wenn sie wollen — die gesammte Bourgeoisie in Angst und Schrecken, Bittern, Wehen und Entsetzen bringen können. Die Erkenntniß dieser Erkenntniß dürfte auch anderweitig von erheblichem Vortheil sein.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir fragen, warum sich kein eusscher Schulmeister anlässlich des Polizeidienerstrikes in London nach dort um Beschäftigung gewandt hat? Besser als jetzt würde ich ein solcher dann jedenfalls stehen. Ist ja sogar ein deutscher Polizeidiener um 100 Thaler höher dotirt, als ein Schulmeister! Beweis:

„Im Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger Nr. 245 befindet sich eine Zusammenstellung zur Besetzung angezeigter vakanter Stellen, in welcher u. a. die Stelle eines Lehrers an der Stadtschule zu Gollnow mit 200 Thalern und die eines Polizeidieners zu Gattingen mit 300 Thalern ausgedrückt werden.“

So berichtet seinerzeit (d. h. vor etwa 2 Monaten) die Blätter. Und es entspricht diese Mittheilung durchaus den Angaben, welche um gleiche Zeit der Berliner Seminarlehrer Schneider dem „Kongress für innere Mission“ machte, nämlich:

„Am Rhein sind 103, in Wiesbaden 100, in Posen 71, in ganz Preußen 595 selbstständige Lehrstellen, 474 Hilfslehrerstellen unbefetzt und 1792 Stellen besetzt mit Lehrern, die keine Berechtigung haben. In Oppeln fehlen 700 neue Lehrer, um jede Schulkasse auf 100 Schüler zu bringen; in Braunschweig werden Klassen von 80—100 Kindern kombiniert; in Dresden kommen auf 48 Stellen 19 Bewerber, in Leipzig auf 59 Stellen 19 Bewerber, in Jülich auf 150 Stellen nur 28 Bewerber. In Baden 148 Stellen unbefetzt. In Baden fehlen noch 361 Lehrer, wenn jeder derselben nur 100 Schüler haben soll.“

Der „Nürnbergischer Anzeiger“ schreibt sogar unter Anderem Folgendes:

„Namentlich gehört es z. B. in Schlesien nicht mehr zu den Seltenheiten, daß Lehrer in das Berg- oder Hüttenfach über-treten. Denn ein Häuer verdient monatlich seine 20—40 Thlr. und darüber, und zahlt das ganze Jahr 4 Thlr. für Arzt und Apotheke, während der Hauptlehrer bei einem jährlichen Einkommen von 150 Thlr. 11 Sgr. 5 Pf., wovon mehr als die Hälfte auf das Kirchendienerramt entfällt, den Arzt und den Apotheker aus seiner Tasche, und außerdem noch jährlich 6 1/2 Thlr. an die Wittwen- und Sterbefälle zu zahlen hat, das Einkommen des zweiten Lehrers aber, nach Abzug des Steuerhalers, sich jährlich gar nur auf 120 Thlr. beläuft. Da können uns denn freilich die Zahlen nicht wundernehmen, mit denen auf dem evangelischen Kirchentag zu Halle der Nothstand auf dem Gebiete des Volksunterrichts illustriert wurde. Darnach sind in Preußen nicht weniger als 1029 Lehrstellen unbefetzt und 1792 Stellen mit Lehrern ohne Berechtigung besetzt. Ein erschöpfendes Bild von dem Lehrermangel ist damit indes noch nicht geliefert, da fast alle Schulen, in den Städten sowol als auf dem platten Lande, so überfüllt sind, daß viele Kinder zurückgewiesen werden müssen und die Lehrer bei aller Anstrengung ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind.“

Nichtsdestoweniger bleibt es dabei: Es giebt nur einen Kulturstaat, und das ist Preußen-Deutschland.

Den gefangenen dänischen Sozialisten ist das Gesuch um Freilassung, oder wenigstens Urlaub, abgeschlagen worden, und, da aus Mangel an Beweismaterial noch kein Prozeßtermin festgesetzt werden konnte, müssen sie auf unbestimmte Zeit in Haft bleiben. Selbst der Kopenhagener Korrespondent der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nennt dies „allerdings befremdlich“. „Um aber“, schreibt der nämliche Korrespondent, „jedem (!) Vorwurf zu begegnen, daß nicht alles (!) geschehe, wodurch die Verhältnisse der Arbeiter gebessert werden können, hat die Regierung zur Begünstigung der (sozialistischen) Partei, nachdem die Berichte der Amtmänner und Stadtobersten über die Zustände der Arbeiter in Stadt und Land eingegangen sind, die Bildung einer großen Kommission vorgenommen, welche die Berichte untersuchen und vergleichen, und etwaige Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Arbeiter daran knüpfen soll, und will in diese Kommission auch einige Arbeiter berufen.“

Die Bildung einer solchen Kommission wäre ein sehr lobenswerther Schritt, wenn nicht durch das Verfahren gegen die Sozialisten von vornherein der Beweis geliefert wäre, daß dabei der gute, ehrliche Wille fehlt. Wenn es mit dieser Untersuchungskommission ernst gemeint wäre, so müßten vor Allen gerade diejenigen darin sitzen, welche die Regierung in willkürlicher Weise ihrer Freiheit beraubt hat; und das Verfahren der dänischen Regierung gleicht dem eines Mannes, der einen unbedenklichen Menschen mit der Faust zu Boden schlägt, und ihn dann seiner Sympathie versichert. Für solche Sympathie werden die dänischen Arbeiter danken!

Die neuesten Nachrichten über die Schilderhebung in Spanien lauten den Republikanern nicht günstig. Ein Aufstandsversuch in Madrid, der am 11. ds. Mts. statt hatte, ist kläglich mißlungen. Anlässlich desselben schreibt die „Emancipation“ vom 14. ds. Mts.: „Vor 8 Tagen sagten wir: Wir werden mit unseren Brüdern sein, mit den tapferen Arbeitern, welche ihr Blut für die heilige Sache der Emanzipation unserer Klasse vergießen — wir werden mit der Revolution sein!“ Und wir fügten hinzu: „Weber die Partei, welche der gegenwärtigen Bewegung den Anstoß gegeben hat, noch ihr Banner, noch ihr Programm, noch die Männer, welche an der Spitze stehen und deren Anschauungen und Vorgesichte kein Geheimniß sind, bieten und hinreichende Bürgschaften dafür, daß die Bewegung die Verhältnisse einer echten sozialen Revolution annehmen wird — eine Revolution zum Vortheil der arbeitenden Klasse.“

Wir dachten damals nicht, daß die Ereignisse so rasch unser Mißtrauen und unsere Befürchtungen rechtfertigen würden. Der Anlauf oder Aufstand (motin ó asonada) der Nacht des 11. hat uns von Neuem bestätigt, was wir tausendmal behauptet: die revolutionäre Oligarchie, die Unfähigkeit zu organisiren und obendrein die Unerlichkeit (la mala fe) der bürgerlichen Politiker, die sich in jüngster Zeit zu Vorkämpfern des Proletariats aufgeworfen haben, und die es seiner Emanzipation zuführen zu wollen be-

haupten. Die Republikaner, welche sich die Entschiedensten (intransigentes) nennen, sprachen uns in mysteriösem Ton von einer mächtigen revolutionären Organisation, in welche sie die ganze Arbeitermasse Madrids hineinziehen würden, indem sie ihr einen unzweifelhaften Triumph und die sichere Erfüllung gerechter Wünsche verbürgen könnten. Nichts fehlte, als eine günstige Gelegenheit, ein passender Tag. Wie es scheint, glaubte man diesen endlich gefunden zu haben. Am Mittwoch Abend um halb 10 Uhr wurde das Signal an verschiedenen Punkten der Stadt gegeben; zahlreiche Bewaffnete eilten auf die Straße, nahmen die ihnen günstigst scheinenden Positionen ein, ohne daß ihnen während fast zwei Stunden das geringste Hinderniß in den Weg gelegt wurde; und trotzdem bauten sie keine Barrikade, besetzten sie kein öffentliches Gebäude, bemächtigten sie sich keines mächtigen strategischen Punktes. Nach 11 Uhr rückte der Generalkapitän mit einigen Kompagnien Soldaten heran, und in weniger als einer Stunde, waren die Republikaner aus allen Straßen vertrieben, aber erst, nachdem mehrere Söhne des Volkes getödtet worden waren: das Opfer ihres Muthes und ihrer Leichtgläubigkeit. Was hat man, so fragen wir, mit dieser vielgepriesenen Organisation gemacht? Und wo ist der „Provisorische Föderalrath von Madrid“, diese lächerliche Nachahmung unserer Föderalräthe, geblieben? Welche Anordnungen hat er getroffen, wie seine pomphaften Versprechungen erfüllt? Er hat Proklamationen und Manifeste geschrieben und Befehle erlassen, die, weil die Macht der Ausführung fehlt, einfach grotesk sind.

Wir beklagen bitterlich diese abermalige Täuschung unserer Brüder zu Arbeit und Elend; wir beklagen vor Allem das Blut, welches unnütz vergossen wurde, um dem kindischen Ehrgeiz und dem albernen Hochmuth einiger Bourgeois mit revolutionärer Maske zu dienen. Wir hegen aber die tröstliche Hoffnung, daß diese Täuschung die letzte sein, und daß die Arbeiterklasse sich für immer von allen bürgerlichen Parteien losstreifen wird, von denen wir nur Schaden zu erwarten haben. Genossen und Brüder! Wir alle haben die nämlichen Leiden, die nämlichen Bedürfnisse, die nämlichen Ausbeuter und Feinde! Einigen wir uns gegen die gemeinsamen Feinde! Schaaren wir uns allesamt unter der Fahne der Internationalen Arbeiterassoziation! Sie allein giebt uns die Mittel an die Hand, um die erbärmliche Klasse, welche uns ausbeutet und unterdrückt zu Paaren zu treiben; sie allein kann uns in Stand setzen, die soziale Revolution durchzuführen, die wir Alle ersehnen.

Genossen! Keine blutigen Pöffen mehr! (no mas farsas sangrientas). Keine Putsch mehr! Segen wir Alles an die große, die wahre soziale Revolution.

Es lebe „die Internationale Arbeiterassoziation!“

Daß der Putsch des 11. einen wirklich jämmerlichen Verlauf genommen hat, wird auch von anderer Seite bestätigt. Die Leitung war topflos, oder richtiger: eine Leitung scheint gar nicht vorhanden gewesen zu sein. Desto großmüthiger waren (wie auch im obigen Artikel der „Emancipation“ angedeutet) die Proklamationen. Eins der „Manifeste“ lautet:

„Das provisorische föderative Comité von Madrid beschließt im Namen der Revolution und der föderativen Republik: 1) Alle Häuser, deren Thüren geschlossen bleiben, während das Volk kämpft, werden eingezogen und veräußert. 2) Desgleichen alle Häuser, in denen man den Verwundeten oder Kämpfenden Schutz und Zuflucht verweigert. 3) Jedes Individuum, welches im Besitze von Waffen und Munition sich derselben nicht im Interesse der Sache des Volkes bedient oder dieselben nicht unaufgefordert den Kämpfenden ausliefert, wird sofort erschossen. 4) Desgleichen, wer den Feinden des Volkes Schutz gewährt. 5) Wer die Flucht ergreift und die Grenze überschreitet, verliert jedes Anrecht auf sein Eigenthum, das zum Nationalen Eigenthum wird. Politische und soziale Leiden- und Schmerzensbrüder, zu den Waffen! Es lebe die demokratische und föderative Republik mit allen ihren natürlichen Prinzipien und logischen Konsequenzen. Das föderative Comité von Madrid.“

Erwähnt sei noch, daß die Parlamentschwäger, der Jungenvirtuos Castelar voran, bei den jüngsten Ereignissen in Spanien natürlich wieder die kolossalste Feigheit bewiesen haben.

Correspondenzen.

Meerane, 17. Dez. Auch wir haben bei den diesjährigen Stadtverordneten-Ergänzungswahlen einen glänzenden Sieg über die Gegenpartei davongetragen. Sämmtliche von uns angestellte Kandidaten haben mit sehr brillanter Majorität ihre Gegenkandidaten aus dem Felde geschlagen. Abgegeben wurden im Ganzen 947 gültige Stimmzettel, davon erhielten die Arbeiter-Kandidaten 565—584 Stimmen, die Gegner 353—374. Die Gegner, welche Vormittags im Vortheil sein mochten, wählten sehr geschloffen und haben nach Wahrnehmungen alle disponiblen Streitkräfte ins Treffen geführt, aber auch unsere Parteigenossen, lauter erprobte Wahlkämpfer, so zu sagen die alte Garde des 17. Wahlkreises, haben trotz des ungünstigen Wahltermins ihre Schuldigkeit gethan.

Hannover, 18. Dezbr. (Allgemeiner Bericht). Infolge des aus Leipzig erschollenen Rufes konstituirte sich hier selbst ein Buchbinder-Gehilfen-Verein. Derselbe hat sich in kurzer Zeit so zu organisiren genügt, daß er schon jetzt mit einer Forderung von 25 Prozent Lohnerhöhung und 10 Stunden Arbeitszeit hervortreten konnte. Die Lage der hiesigen Buchbinder-Gehilfen ist keine glänzende, denn der Durchschnittslohn eines hiesigen Buchbinder-Gehilfen beträgt bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit 4 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.; daß mit diesem Lohn heutzutage aber kein Mensch existiren kann, ist selbst vielfach von Arbeitgebern zugestanden. Da wir noch mit den Meistern in Unterhandlung stehen, ersuchen wir die Kollegen allerorts, den Bezug nach Hannover fernzuhalten. Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß wir hier einen Arbeits-Nachweis gegründet haben, und zwar bei Gustav Sarveke, Seilwindenstraße Nr. 3, in Arbeit bei Herrn Zoch, Kreuzstraße Nr. 3 bei Brandes II. Zum Schluß an Euch, Kollegen Deutschlands, die dringende Mahnung, Euch ebenfalls in jeder Stadt zu organisiren, damit wir sobald als möglich einen Allgemeinen deutschen Buchbinderverband ins Leben rufen können.

Mit kollegialischem Gruß
Der Vorstand.

A. Glebe, Neuestraße Nr. 10.

Briefliche Auskunft werde ich auf Anfragen gerne mittheilen.
Spandan. Parteigenossen und Freunden unserer großen Sache zeige ich mit blutendem Herzen an, daß Parteiversammlungen vorläufig abzuhalten, der Lokalfrage wegen, rein unmöglich ist. Dies haben wir unsern mächtigen Gegnern und besonders deren Drohung gegen die Wirthe zu verdanken, daß dem Militär der Besuch ihrer Lokale untersagt werden wird, wenn sie unsere Versammlungen noch länger abhalten lassen. Die in ihrer Existenz bedrohten Wirthe kündigten uns — was sollten sie in der Jetztzeit auch anders thun. Er wenn wir bedenken, wie unsere Gegner vor uns paar Mann schon zittern und zagen, trotz Bajonetten, Kanonen und

Festungswerken, wie erhaben, wie gerecht und wahr muß dann nicht unsere Idee sein! Dann können wir wol Alle zu der Ueberzeugung, daß wir entschiedener, energischer und kräftiger wie bisher für unsre Prinzipien, für das Wohl der Menschheit in die Schranken treten müssen. — Vor Kurzem ist hier von Freunden unserer Sache ein Arbeiterbildungsverein gegründet worden, dessen Gastfreundschaft es ermöglichen wird, uns wieder zu versammeln. Die Partei existirt also trotzdem und alledem. Und jedenfalls ist die Zeit auch nicht mehr so fern, wo uns das Haus eines Parteigenossen zu Parteiversammlungen gastlich geöffnet wird. Dann können wir mit ruhigem Pöckeln die Wuth unserer Gegner mit ansehen. Bis dahin werden die hiesigen Parteigenossen fleißig den Arbeiterbildungsverein bei Voigt besuchen, in dem durch wissenschaftliche Vorträge für die geistige Ausbildung der Arbeiter eifrigst Sorge getragen wird. Mit sozialdemokratischem Brudergruß
W. Fischer.

Köln, im Dezember. Es wurde auf dem Kongresse in Mainz beschloffen, daß die Parteigenossen an den einzelnen Orten allmonatlich einen Bericht über die Lage der Partei für den „Volkstaat“ einschicken sollen. Wir Kölner, die wir wohl nicht immer die Ersten, wollen doch in dieser Beziehung einmal die Initiative ergreifen. Seit dem Tode Lassalle's 1864 bis zum Jahre 1869 wurden von den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hier selbst höchstens 10 öffentliche Arbeiterversammlungen einberufen. Die Meisten wußten von der Existenz eines solchen Vereins kaum mehr, als daß er im Jahre 1867 bei der ersten Reichstagswahl über 1100 Stimmen auf den damaligen Kandidaten der Arbeiterpartei, Rittinghausen, vereinigt hatte. Die erste größere Arbeiterversammlung war der im Jahre 1869 von den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einberufene Westdeutsche Arbeitertag. Sodann kam der Strike der hiesigen Zimmerleute und der Kongress in Eisenach. Von dieser Zeit an weiß erst die Bevölkerung der getrennten Tochter Roms, daß es nicht bloß eine, sondern zwei Partefraktionen giebt. Seit dem Eisenacher Kongresse haben sich die Mitglieder der beiden Fraktionen zwei volle Jahre in allen öffentlichen Versammlungen geschwächt, hartnäckiger (wenn auch zur Klärung der Idee in mancher Beziehung nothwendiger) Weise, zur allgemeinen Befestigung der gemeinsamen Segner, belämpft. Fast jeden Sonntag wurden Versammlungen abgehalten. Von Seiten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurde der Zimmererverein, von unserer Seite die Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter ins Feuer geführt. So wurde denn auch unter andern von Seiten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit Hilfe der keiner Partei angehörenden Arbeiter der Rheinischen Maschinenbauabrik der zu Pfingsten des Jahres 1870 von unsern Parteigenossen einberufene Rheinische Arbeitertag gesprengt. Fast in jeder Versammlung, wo die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins den Vorsitz führten, wurde uns das Wort entzogen, welches Verfahren wir den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegenüber nie beobachtet haben. Da man sah, daß es auf diese Art und Weise doch nicht fort gehen könne, wurde von unserer Seite auf eine Beilegung der Streitigkeiten hingearbeitet. Man wählte ein Comité, welches sich an die hiesigen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wandte und die Nothwendigkeit einer Einigung auseinandersetzte. Es wurde entgegnet, wir seien vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, mithin von den Prinzipien Lassalle's abgefallen und es könne nur dann eine Einigung stattfinden, wenn wir wieder zu ihnen zurückkehren. Man fand eine längere prinzipielle Diskussion darüber statt, welches eigentlich die Ideen Lassalle's seien und welche nicht. Als man von Seiten der Gegner sah, daß man unsre Gründe nicht wiederlegen konnte, sagte ein damals tonangebendes, im vorigen Jahre gestorbenes Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, es sei erst dann eine Einigung zu erzielen, wenn eine Partei die andere kaputt gemacht habe, worauf denn der alte Streit in den Versammlungen von Neuem entbrannte und erst mit dem Kriege und das durch denselben entstandene gänzliche Bruchliegen der Arbeiterbewegung erlosch.

Vor dem Kriege war aber schon die internationale Gewerkschaft der Buchbinder (durch Einflüsse von Außen — Affaire Werner u.), der hiesige Dachdeckerverein (durch Mißlingen des Strikes), sowie der Klempnerverein und ein von den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegründeter Goldblechmacherverein, eingegangen. Während und durch den Krieg schmolz die an 500 Mitglieder starke Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter, sowie die der Schuhmacher auf wenige Mann zusammen; die der Maler und Lackirer sowie der Allgemeine Deutsche Schneiderverein lösten sich gänzlich auf.

Nach dem „glorreichen“ Kriege kamen die Reichstagswahlen und es wurde, trotz des famosen „Reichstagswahlunfalls“ des Herrn von Schönerer, wiederum von unserer Seite auf ein Zusammengehen hingearbeitet. Einige Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wollten von unserm Kandidaten Dr. Jakob nicht wissen; andere, welche durch die Haltung des „Sozial-Demokrat“ während des Krieges mit dem Herrn von Schönerer unzufrieden geworden waren, traten mit uns in das Wahlcomité. Weil wir aber theils durch die Anwesenheit vieler Parteigenossen bei der Armee, theils auch durch den Rücktritt einiger Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins aus dem Wahlcomité nicht geschlossen vorgehen konnten, vereinigten wir auf unsern Kandidaten nur circa 400 Stimmen, also 700 Stimmen weniger als im Jahre 1867. Ein der großen Masse der Bevölkerung unverständliches und unmotivirtes Wahlmanifest trug nicht wenig zu diesem Mißerfolg bei. Der Vorsitzende des Zimmerervereins sagt uns bei dieser Gelegenheit, die Mitglieder des genannten Vereins würden sich zur Sprengung von Versammlungen nicht mehr gebrauchen lassen, und man hat Wort gehalten. Einige Monate später wurde wiederum von beiden Seiten eine Einigung angestrebt, und zu diesem Zwecke ein gemeinschaftliches Comité gewählt, welches den Frieden herbeiführen sollte und auch wirklich für 3 Wochen auf folgende Weise zu Stande brachte. Die öffentlichen Versammlungen wurden gemeinsam einberufen. Die Plakate zu diesen Versammlungen ebenfalls gemeinsam unterzeichnet und dadurch die großartigste Theilnahme der Kölner Arbeiterbevölkerung an unserer gemeinsamen Sache, der Sache der Sozial-Demokratie, erzielt. Es wurde angefordert, auf den „Sozial-Demokrat“ und den „Volkstaat“ zu abonniren und die beiderseitigen Vereinsversammlungen zu besuchen. Durch unsere Einigung sowie durch die dadurch erzielte Theilnahme der Arbeiter gerieth die hochwohlthätige Polizei außer sich und wir waren auf Schritt und Tritt, ja sogar in unsern Privatversammlungen und bei unsern Spaziergängen von uniformirten und nichtuniformirten Polizisten umgeben. Die Wirthe wurden instruirert, keine Lokale zu überlassen, während zur selbigen Zeit sowie während des Krieges zwischen zwei Verwundeten- und Pockenhospitalern von niedrigem Gesinde und verkommenen Menschen getanz und musizirt wurde. Diesen legte man keine Hindernisse in

Mugsburg. Dienstag, den 31. Dez., Abends 8 Uhr: Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im „Schwanen“, oberer Graben. J. Schäfer.

Cöln. Mittwoch, den 1. Januar 1873, Vormittags pünktlich 11 Uhr: Geschlossene Parteiversammlung im Lokale des Hrn. Wülfers, Thieboldstraße 102. Tagesordnung: 1. Neuwahl eines Vertrauensmannes. — 2. Die Filialexpedition. Der Vertrauensmann: J. Hesch.

Cöln. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Dienstag, den 31. Dezember, Abends halb 9 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Vorgänge in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. — Diskussion. Der Vorstand.

Hamburg. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Versammlung am Montag, den 30. Dezember, Abends 9 Uhr, in Oberbahn's Lokal, Jungfernenmarkt 31. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Das Circulaire Schweigen und die Einigungsbestrebungen. Die Mitglieder sind vorzuziehen. Die Mitglieder werden dringend ersucht, sich einzufinden. Der Vorstand.

Hannover. Der sozialdemokratische Arbeiterverein feiert den 31. Dezember (Sylvester) durch Beiträge und gesellige Unterhaltung im Lokale des „Deutschen Gartens“. Es findet auch Christbaumverloosung statt und nimmt das Bergungsgesamte Geschenk zum Christbaum entgegen. Die Geschenke sind im Vereinslokale bei Herrn Barling, Knochenhauerstraße 59, abzugeben. Zutritt frei. Im Auftrage des Comité: Kaiser.

Leipzig. Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft. Montag, den 30. Dezember, Sitzung Reudnitzerstraße bei Remel. — Alle Mitglieder werden aufgefordert für Karten Bücher in Empfang zu nehmen und alle Restanten wegen Jahresabrechnung zu erscheinen. D. S.

Leipzig. Fachverein der Kürschner und Rügenmacher Leipziger und Umgegend. Montag, den 30. Dezember, Abends 8 Uhr, im Trianon bei Richter, Reßplatz Nr. 9. Die Mitglieder werden aufgefordert, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Aufnahme neuer Mitglieder. NB. Gleichzeitig diene hiermit zur Nachricht, daß selbigen Abend Hauptprobe zur Abendunterhaltung stattfindet. Der Vorstand.

Reichenbach. Den Lesern des „Vollstaats“ zur Kenntnis, daß vom 1. Januar 1873 ab hier selbst eine Filial-Expedition besteht, mit deren Leitung Parteigenosse Rob. Müller beauftragt worden ist. Alle Abonnements sind bei demselben zu machen, da dadurch der Preis des Blattes, welcher im 2. Monat des Quartals zu bezahlen, geringer wird. Auch ist es Pflicht aller Leser, für das Blatt zu agitieren d. h. die Arbeiter zum Lesen des „Vollstaats“, welcher dem Arbeiterwohl die bis über die Ohren herangezogene Schlafmütze brennt, aufzufordern. Die Parteigenossen. †

Soeben erschien: Es werde Licht. Poesien von Leopold Jacoby. Zweite Auflage. Ladenpreis für das Einzel Exemplar 15 Sgr. Bei 12 Exemplaren wird für diese Auflage der Verkaufspreis auf 5 Sgr. pro Exemplar ermäßigt. S. C. Oliven, Berlin, Louisenstraße 45.

Soeben erschien im Verlage von J. G. Born in Elberfeld Das Bundeslied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, gedichtet von G. Herwegh, illustriert von E. Klein. Höhe: 55 Centimeter, Breite: 42 Centimeter. Preis: 10 Silbergroschen. 12 Exemplare zusammen bezogen: 3 Thlr. Gegen Franco-Einsendung des Betrages wird den geehrten Abnehmern das Blatt sofort per Post zugeandt werden. [36]

Bekanntmachung. Vom „Vollstaatskalender“ ist die zweite Auflage vollständig vergriffen. Diejenigen Filialen und Kolporteurs, welche überzählige Exemplare haben sollten, werden ersucht, solche sofort einzulösen, damit von den noch zahlreich vorhandenen Bestellungen einige effektuirt werden können. Auch werden die Filialexpeditoren zc. ersucht, schleunigst anzugeben, auf welchen Absatz sie noch fest rechnen können, um allenfalls bis nach Neujahr noch eine dritte Auflage bewerkstelligen zu lassen. Diejenigen Besteller von Vollstaatskalendern, welche leider die gewünschten Exemplare vorerst nicht mehr erhalten, werden um gültige Nachsicht gebeten, da bei schon vorgerückter Zeit auf so großen Bedarf nicht gerechnet wurde. Leipzig, 17. Dezember 1872. Die Buchhandlung des „Vollstaats“.

Im Verlage der Buchhandlung des „Vollstaats“ ist neu erschienen: Engels, Fr., Zur Wohnungsfrage. 1. Heft: Wie Proudhon die Wohnungsfrage löst. Preis pro Stück 1 1/2 Ngr. 2. Heft: Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst, erscheint demnächst.

Filialexpeditionen befinden sich: für Pflagwitz, Lindenan und Umgegend bei Herrn Uhrmacher Reinhard in Lindenan; für Reudnitz, Alt- und Neuschönefeld, Volkmarisdorf, Thonberg zc. bei Herrn Stelzer, Kapellengasse in Reudnitz; für Klein- und Großschöcher, Schleusig bei Herrn Karl Fleischer, Nr. 87 in Kleinschöcher; für Connewitz und Umgegend bei Herrn Teubert, Vorna'sche Straße 197 in Connewitz.

Die Filialexpeditionen werden nach § 4 des Reglements ersucht, die Abonnementsbeträge bis 1. Januar l. Js. einzulösen. Der Erlös aus verkauften Kalendern und sonstigen Schriften ist ebenfalls bis längstens 1. Januar 1873 einzulösen. Die Expedition des „Vollstaats“ Leipzig: Berant, Redakteur R. Seiffert. Redaktion und Expedition (Poststr. 4). Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.

wiesen. Dadurch, daß nun die Hauptversammlungen, weil das Lokal des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu klein, in unserm Vereinstokale stattfanden, glaubten mehrere Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sie würden im Nachtheile sein und zogen sich zurück. Bei der nächstfolgenden Comitésitzung, wo eine Tagesordnung für die nächstfolgende öffentliche Versammlung festgesetzt werden sollte, erklärte der damalige Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Herr Lichters, nicht mehr mitmachen zu wollen, wodurch der kaum geschlossene, so lange ersehnte und unsere gemeinsamen Gegner in Angst und Schrecken jagende Friede wieder in Kriegszustand verwandelt wurde. Die Versammlungen konnte man uns aber nicht mehr sprengen, weil wir die Majorität hatten.

Auf einmal brach im Oktober 1871 auf der Centralwerkstätte der rheinischen Eisenbahn ein Streik aus, an dem über 1000 Arbeiter, worunter auch Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, theilhaftig waren. Es fanden mehrere große von über 3000 Personen besuchte Arbeiterversammlungen statt. Wir arbeiteten nun natürlich wieder zusammen, auch Fritz Wende hatte sich eingefunden, und es kamen durch unser Zusammenwirken in der ersten Versammlung nicht weniger als 75 Thlr. 20 Ngr. an freiwilligen Beiträgen ein. Vor der zweiten Versammlung hatten sich aber schon einige Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins von Wende lösen lassen. Anstatt die gemeinsamen Kräfte auf den Streik zu konzentriren, beschloßen die Herren Fritz Wende nebst höherem und niedermem Besolde die soziale Frage mit einem Schlage zu lösen und von der Regierung 200 Millionen Thlr. von den französischen Milliarden zur Gründung von Produktivgenossenschaften nach den Prinzipien Lassalles zu verlangen. Der Streik wurde nun als Nebensache behandelt. Der bescheidene Wende befürwortete in einer Versammlung die Millionenforderung und eine durch diese, sowie durch einen Kongreß zu erzielende Einigung der deutschen Arbeiter. Bei den glorieichen Schlachten habe sein Herz immer höher geschlagen aus dem Grunde, weil es immer für „sein Volk“ gelübt habe. Jetzt mußten die Gegenläufer natürlich wieder auseinander lagern. Es wurde unfererseits unter Anderm geltend gemacht, daß Lassalle niemals von dem heutigen Staate etwas verlangt hätte, und daß die heutigen Regierungen auf derartige Forderungen auch nicht eingehen würden. Würden die Regierungen etwas thun, so könnten wir sie natürlich nicht daran hindern. Die Resolution für die Millionenforderung wurde angenommen. Jetzt glaubte Fritz sich gesichert und fiel über die Internationalen her. Als er ungeehr eine Stunde lang tolles Zeug geschwätzt hatte, wurde die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt, um die Opposition abzuschneiden. Die Versammlung verließ sich und die streikenden Arbeiter waren die Geprallten. Wir haben uns schon zu lange mit diesem eiteln Geiz aufgehalten; aber eines dürfen wir unsern Parteigenossen doch nicht vorenthalten. Als nämlich einer unserer Parteigenossen das Nationalitätsprinzip das Rainszeichen auf der Wange der Völker nannte, riß der Tollhändler unter allgemeinem Gelächter den Kopf auf und rief: „Dies kann ich nicht zugeben; er beleidigt die Nation; er beleidigt „Mein“ Volk“. Es war ihm aber nicht gelungen, durch die Goldstücke seiner hohen Gönnerin, auch nur einen einzigen von den Unfern zu fördern. Seit dieser Zeit wurde und nur noch von einzelnen Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Chikane bereitet. Dieselben konnten jedoch, da es ihnen an geistiger und numerischer Kraft fehlte, nichts anrichten. In den letzten zwei Monaten wurden zwei Versammlungen mit fremden Rednern von ihnen einberufen. Man beobachtete dabei wiederum die alte Taktik, den Gegner nicht zu Worte kommen zu lassen. Es wurde nun vor einigen Monaten wieder eine Einigung von unserer Seite versucht, welche auch von dem jetzigen Bevollmächtigten und mehreren Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins befürwortet, von den Hebräern aber verworfen wurde, weil man erst Instruktionen von Berlin einholen müsse. Im Laufe dieses Jahres sind nun an Stelle der Gewerkschaften theilweise Fachvereine gegründet worden. Die Tischler und die Seiler haben einen solchen gegründet; der Ortsverein der Maurer schloß sich der internationalen Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer in Dresden, die Weber der internationalen Gewerkschaft der Manufaktur- und Handarbeiter, die Sattler dem Allgemeinen deutschen Sattlerverein an. Einige Tischler haben an ihrer alten Gewerkschaft festgehalten. Ebengenannte, sowie der Cigarrenarbeiterverein sind durch ein Centralcomité miteinander verbunden, welches in der letzten Zeit seine Schuldbiligkeit nicht gethan, jetzt aber wieder in die Bewegung eingreifen wird, wie wir hoffen wollen. Außerdem wurden noch ein Haderverein der Schuhmacher, der Bäcker und der Schneider gegründet. Ferner bestehen hier in Cöln der Buchdruckerverein, ein Musikerverein, sowie der von Seiten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gegründete Metallarbeiterverein und der Allgemeine deutsche Zimmererverein. Auf das Gedeihen der einzelnen Vereine werden wir in unsern spätern Berichten zurückkommen. Wir haben 132 „Vollstaats“-Abonnenten. Der „Neue Sozialdemokrat“ hatte nach seiner eigenen Angabe im vorigen Quartal 24, nach genau eingehengenen Erkundigungen aber nur 7 Abonnenten. Ferner haben wir seit dem Frühjahr auch den Schriftenverkauf unentgeltlich übernommen und bereits für 100 Thlr. Schriften vertrieben.

Unser Haupthinderniß ist der carnovalistische Geist und der daraus für ernstere Sachen entstehende Indifferentismus der Kölner Arbeiter, mit welchem wir uns, sowie mit den uns gegenüberstehenden Parteien und ihren Organen in unserm nächsten Monatsberichte beschäftigen werden.

Langenbielau i. Sch., 21. Dezbr. Gestern Nachmittag 2 Uhr wurde der Parteigenosse August Kühn verhaftet worden. Den Grund zu dieser Maßregel haben wir nicht erfahren können; wahrscheinlich aber ist, daß er anlässlich mehrerer gegen ihn anhängig gemachten Prozesse in Untersuchungshaft genommen ist.

Geesendorf, 16. Dez. Am Sonntag, den 30. November, hielten wir Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Präsident Wende) eine öffentliche Volksversammlung zu Bremerhaven bei Gastwirth Sahling, Markt 6 ab. Die Tagesordnung war: Das Glend der arbeitenden Klasse und dessen Abhilfe. Als Redner war Herr Jörd aus Hamburg amwesend. — Am Montag, den 1. Dez., Volksversammlung zu Geesendorf bei Gastwirth Wetter, Friedrichstraße. Tagesordnung: Die Stellung des Arbeiters in der heutigen Gesellschaft. Referent Herr Jörd aus Hamburg. — Am Dienstag, den 2. Dezember, Volksversammlung zu Bremerhaven bei Gastwirth A. Jansen. Tagesordnung: Die Schulde Deligisch'schen Genossenschaften und deren volkwirthschaftlicher Nutzen. Herr Jörd hielt in allen drei Versammlungen sehr gediegene Vorträge, so daß der Wunsch ausgesprochen wurde, er möge nur recht bald wieder kommen.

Neu-Henburg, 12. Dezember. Am 6. und 7. d. Mts. hatten wir die Wahl für die hessische Ständekammer zu vollziehen. Durch den Beschluß der Delegirtenversammlung in Darmstadt fühlten wir uns bewogen, auch 6 Kandidaten aufzustellen. Unsere Gegner gaben zwar für dieses Mal den Sieg davongetragen, doch mit einer sehr geringen Majorität. Das nächste Mal soll es besser werden. — Ich habe aber noch zu berichten über eine Handlung der empörendsten Art, die sich bei den Gemeinderathswahlen abgespielt hat. Am 7. Dezember, Abends, entstand in einer hiesigen Wirthschaft der Fortschrittler ein heftiger Streit. In demselben Augenblick, als unser Parteigenosse Gerhardt nebst seinem grade auf Urlaub amwesenden Sohne herbeieilten, erhielt der Letztere einen Schuß in den Rücken. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe ist sein Zustand derart, daß sein Tod jeden Tag zu befürchten ist. Damit aber nicht genug, Gerhardt nebst noch 12 Anderen wurden Tags darauf gefänglich eingezogen, von denen sich jetzt noch drei und unter diesen auch Gerhardt in Haft befinden. Der Thäter, wie auf das Bestimmteste behauptet wird, ist dagegen immer noch auf freiem Fuß. — Details über den Vorfall werden folgen.

Parteigenossen allerorts! Gerhardt ist 52 Jahre alt und Vater von 9 Kindern; die bitterste Noth ist jetzt über diese gekommen, da sie ihres Vaters beraubt sind. Verlaßt Gerhardt und seine Angehörigen nicht. Thut Eure Schuldbiligkeit. Briefe u. s. w. sind an den Unterzeichneten einzulösen. Jean Bollé. Nürnberg, 7. Dezember. In der sogenannten Maschinenfabrik von Georg Häberlein sind zwei unserer Parteigenossen gemästelt, und jetzt, also 14 Tage vor Weihnachten, aufs Pflaster gesetzt, weil sie Sozialdemokraten sind. Dem Einen, Modellschreiner, war im Frühjahr bei seiner Aufnahme die Versicherung gegeben worden, daß er auch im Winter dauernde Arbeit haben solle; allein, was liegt einem Fabrikanten an einem Versprechen! Heute wird der anerkannt gute Arbeiter, bloß weil er Sozialist ist, ohne jede weitere Ursache an die Luft gesetzt und anderen Tags im Lokalblatt wieder frisch um andere Arbeiter annouciert. Der Andere, ein Schlosser, wurde als revolutionärer Aufwiegler bezeichnet und dem Modellschreiner zum Vorwurf gemacht, daß er sich mit diesem Menschen, mit dem sonst Niemand zu thun haben wollte, eingelassen habe. Die Zeugnisse Beide sind zwar mit dem Wörtchen „ordnungsgemäß“ versehen, aber statt des gedruckten Formulars des Fabrikantenbundes hat Herr Häberlein den Entlassenen ein auf Briefpapier geschriebenes eingehändig, es sind demnach Ausnahmszeugnisse. Erst kürzlich ist ein anderer Arbeiter, der von Häberlein ohne Kündigung und ohne Zeugnis fortgegangen war, auf Veranlassung des Herrn Häberlein aus einer andern großen Fabrik, wo er angefangen hatte, entlassen worden. Merkt Euch das Arbeiter, und laßt Euch die Unterdrückungsorganisation der Ausbeuter zur Mahnung dienen, Euch selber zu organisiren. Alle Parteiblätter werden ersucht, diesen Herrn bestens zu empfehlen.

Haag, 25. Novbr. Die Bakunisten haben nicht still gesessen und nach Amsterdam ein „Bulletin“ geschickt; nach Anleitung derselben war gestern daselbst Versammlung der Sektion mit Delegirten von den übrigen Sektionen; da ich für den Haag abgefaßt war, so hatte ich die betreffenden Nummern des „Vollstaats“ mitgenommen und daraus das „Bulletin“ widerlegt, so daß der Beschluß gefaßt wurde, es mit dem Generalrath zu halten bis zum nächsten Kongreß und erwartet man, daß derselbe noch mehr Klarheit in die Sache bringen werde. — Es ist schade, daß unsere Partei ohne Organ hier ist, daher hier so viel Leichtgläubigkeit. Ich ihne mein möglichst Bestes, aus dem „Vollstaats“ für „Der Werkman“ zu übersehen. B. B. Den Parteigenossen empfehlen wir folgende Organe zur Verbreitung: „Braunschweiger Volksfreund“, erscheint die Woche 6 Mal, kostet per Quartal durch die Post bezogen 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Verantwortlicher Redakteur W. Beder. „Chemnitzer freie Presse“, erscheint wöchentlich sechsmal, kostet per Post 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Verantwortlicher Redakteur: G. A. Geilhof. „Crimmischer Bürger- und Bauernfreund“, erscheint wöchentlich sechsmal. Preis per Quartal 12 1/2 Sgr. — 44 kr. südd. W. Redakteur Gustav Kwasiensky. „Dresdner Volksbote“, erscheint wöchentlich sechsmal; kostet per Quartal 21 Sgr. — 1 fl. 17 kr. südd. W. Redakteure: Otto Walster und Theodor Dachsner. „Fürther Demokratisches Wochenblatt“, erscheint wöchentlich einmal, Preis per Post 6 1/2 Sgr. — 22 1/2 kr. südd. W. Redakteur: Anton Remminger. „Demokratische Blätter“, erscheinen in Königsberg i. Pr. alle 6 Wochen 1 Heft, 2 Bogen stark; kosten per Post das Halbjahr 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Redakteur: S. Kokoßky. „Demokratische Zeitung“, erscheint in Berlin wöchentlich sechsmal; kostet per Quartal 1 Thlr. 10 Sgr. — 2 fl. 20 kr. südd. W. Redakteur: E. Lübeck. „Der Volkswille“, Organ der österreichischen Arbeiterpartei in Oesterreich, erscheint in Wien wöchentlich zweimal. Expedition: Wieden, Hauptstraße 63, Wien. Preis: 22 Sgr. — 1 fl. 24 kr. südd. W. Redakteur: Gehrle. „Das Felleisen“, Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz, erscheint alle 14 Tage einmal in Zürich. Preis per Quartal 14 Sgr. — 48 kr. südd. W. „Die Tagewacht“, Organ der sozialdemokratischen Partei und der internationalen Gewerkschaften in der Schweiz; erscheint wöchentlich einmal in Zürich. Preis per Quartal 7 1/2 Sgr. — 27 kr. südd. W. Redakteur: H. Orenlich. „L'egalité“, Organ der Internationalen Arbeiter-Association in der französischen Schweiz, erscheint in Genf monatlich einmal und kostet per Jahr 1 Thlr. 10 Sgr. — 2 fl. 20 kr. südd. W. „L'Internationale“, Organ der belgischen Sektionen der Internationalen Arbeiter-Association, erscheint alle Sonnabende in Brüssel, Preis per Jahr 1 Thlr. 18 Gr. — 2 fl. 48 kr. südd. W. „La Emancipacion“, Organ der Internationalen Arbeiter-Association in Spanien, erscheint jede Woche einmal in Madrid, San Pedro 16, III. „La Plebe“, Organ der Internationalen Arbeiter-Association in Italien, erscheint in Lodi. [2a]